

Millionen Jobs in Gefahr

Gewerkschaften kritisieren die EU-Kommission

Von Werner Balsen

BRÜSSEL. Die Sorgen konnte den Gewerkschaftern niemand nehmen. Rund 200 Vertreter europäischer Arbeiterorganisationen debattierten über „Solidarität und soziale Gerechtigkeit“ in Europa. Sie alle sahen „das soziale Europa in der Krise“: Und sie hörten, dass es noch schlimmer kommt. Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker warnte vor einem gewaltigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Union: „Am Ende des Jahres drohen Massenentlassungen“, prophezeite er.

Zum gleichen Ergebnis kommt ein Papier des sogenannten Sozialschutz-Ausschusses des Europäischen Rates, das der Frankfurter Rundschau vorliegt. In diesem und im nächsten Jahr werden mehr als drei Millionen Jobs in der Union verschwinden, heißt es dort. Die Arbeitslosenquote wird in den 16 Staaten der Eurozone auf mehr als zehn Prozent steigen.

Reiner Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, plagt allein der Gedanke an die Schulabgänger, die im Sommer zwischen Schottland und Sizilien Arbeits- und Ausbildungsplätze suchen, aber nicht finden werden. „Hunderttausende werden dann zusätzlich auf der Straße stehen“, prognostiziert er düster. Wenig ermutigend sind darüber hinaus die Ergebnisse einer Analyse des Brüsseler Think-Tanks Bruegel. „Die Arbeitsplatzverluste in der aktuellen Krise werden auch danach nicht vollständig kompensiert werden“, stellt Bruegel-Chef Jean Pisani-Ferry trocken fest.

Vor diesem Hintergrund warfen die Gewerkschafter der EU-Kommission fahrlässige Untätigkeit vor. Zwar ist die Behörde eine „lame duck“, weil die Kompetenz für Sozialpolitik bei den Mitgliedstaaten liegt. Brüssel kann allenfalls anregen und koordinieren. „Aber selbst das tut die Kommission nicht ausreichend“, kritisiert

Hoffmann. Die Arbeitnehmerorganisationen von Ungarn bis Frankreich erwarten, dass die Behörde präzise Zielvorstellungen formuliert, die den Regierungen in den Mitgliedstaaten als Vorgabe dienen könnten. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften von Sozialkommissar Vladimír Špidla eine stärkere Koordinierung der in den einzelnen Ländern eingeschlagenen Wege, um die Folgen der Krise zu mildern. Etwa indem er bislang erfolgreiche arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die in Deutschland und Frankreich praktizierte Kurzarbeit auch anderen Regierungen nahe bringt. Das fände auch den Segen der Konjunkturforscher bei Bruegel. Sie begrüßen in ihrer Analyse die Kurzarbeit ausdrücklich.

„Aber Špidla macht zu wenig“, klagt Hoffmann. Der Gewerkschafter wünscht sich von Brüssel ebenfalls mehr Initiative für ein weiteres Konjunkturprogramm in Höhe von einem Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts. Es soll Investitionen in Infrastruktur, Umwelttechnologien und Bildung anstoßen. Brüssel müsste auch hier versuchen zu koordinieren, denn einzelne Mitgliedstaaten wie etwa Frankreich und Spanien denken schon über eigene Initiativen nach. Ohne Brüsseler Zielvorgabe, so die Befürchtung der Gewerkschaften, wird das Geld möglicherweise unproduktiv ausgegeben.

Die Kritik an Špidla darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU-Regierungen es ihm nicht leicht machen. Einen Beschäftigungsgipfel, den die tschechische Ratspräsidentschaft mit dessen Zustimmung Anfang Mai in Prag organisieren wollte, dampften die Mitgliedstaaten deutlich ein, angeblich weil ein Treffen aller Staats- und Regierungschefs zu hohe Erwartungen geweckt hätte. Jetzt treffen sich lediglich die Regierungschefs aus Tschechien, Spanien und Schweden mit Vertretern von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften.

Frankfurter Rundschau

18./19.04.2009

